Preis 10 Mark

Völkischer Beobachter

Erscheint wöchentlich zweimal: Mittwoch und Samstag. — Bezugspreis: Im Inland durch die Post monatlich M. 50,—, vierteljährlich M. 150,—, unter Streifband im Inland und Deutschösterreich monatlich M. 80,—, vierteljährlich M. 240,—, im übrigen Ausland monatlich M. 120,—, vierteljährlich M. 360,—. Postscheckkonto Frz. Eher Nachf., G. m. b. H., München 11 346. — Bankverbindung Hansabank (e. G. m. b. H.), München. — Geschäftsstelle: München, Thierschstraße 15. — Fernruf 20 647. — Geschäftszeit 8—6 Uhr, Samstag 8—1 Uhr. — Anzeigenpreis: Die 30 mm breite Grundzeile für Geschäftsanzeigen auswärts brutto M. 20,—, für München M. 15,—, mit entspr. Nachlaß. Reklamezeile M. 75,—, Familienanzeigen M. 10,—, Kleine Anzeigen (Stellengesuche usw.) M. 10,—

Schriftleitung: München, Schellingstraße 41/I. — Fernruf 20 647. — Drahtanschrift: Beobachter München. — Sprechstunden der Schriftleitung: Täglich von 9—11 Uhr vormittags

Kampfblatt der national-sozialistischen Bewegung Großdeutschlands

Leiter: Dietrich Eckart

Ausgabe 89 | München (Mittwoch), den 8. November 1922 | 36. Jahrgang

Archiv und Museum f. Zeitgeschichte

Wucherfreiheit im Volksstaat?

Am Mittwoch, 8. November 1922, abends 8 Uhr

grosse öffentliche

Volksversammlung

im Bürgerbräukeller (Rosenheimer Straße)

Redner:

Pg. Kellerbauer und Streicher aus Nürnberg

Am vergangenen Freitag sprach Pg. Esser im bis auf den letzten Platz überfüllten Hofbräuhaussaale über die „Wucherfreiheit im Volksstaate". Eigentlich hat nicht nur Pg. Esser dieses Thema behandelt, sondern längst vor Beginn der Versammlung wurde an allen Tischen des Saales die Wucherfrage ziemlich lebhaft und mit äußerster Erbitterung besprochen. Die Stimmung war recht gewitterlich, und als Esser seine Ausführungen mit der Verlesung eines Landgerichtsbeschlusses eröffnete, der ihm verbot, über angeblichen Schuhwucher zu sprechen, ging durch die Anwesenden ein Entrüstungsschrei, der selbst die Ohren der Ministerien, wo man diese Körperteile als Sitzgelegenheit zu benützen pflegt, vom Explosionsstoff, der sich in weiten Kreisen der Bevölkerung angesammelt hat, hätte überzeugen müssen.

Die „einstweilige" Verfügung des Landgerichts München I, 5. Zivilkammer, lautete:

I. Dem Beklagten Hermann Esser wird bei Vermeidung einer Geldstrafe bis zu 1500 M. — eintausendfünfhundert Mark — oder einer Haftstrafe bis zu 6 Monaten für den Zuwiderhandlungsfall verboten, in öffentlichen Versammlungen über angeblichen Schuhwucher oder Zurückhaltung von Schuhwaren durch die Antragsteller zu sprechen.

II. Der Beklagte hat die Kosten des Verfahrens zu tragen.

III. Der Streitwert wird auf 20 000 M. — zwanzigtausend Mark — festgesetzt.

Gründe:

Dem Beklagten Hermann Esser wurde bereits durch einstweilige Verfügung vom 10. Oktober 1922 geboten, in seinem Blatte weitere Berichte über angeblichen Schuhwucher oder Zurückhaltung von Schuhwaren durch die Antragsteller zu unterlassen. Es ist glaubhaft gemacht, daß der Beklagte beabsichtigt, hierüber in öffentlicher Versammlung zu sprechen. Bei der Aufmachung der bisher erschienenen Artikel ist die Befürchtung gegeben, daß der Beklagte im gleichen ehrverletzenden Tone sprechen wird. Um nun den Antragstellern bis zur gerichtlichen Austragung der Sache den erforderlichen Schutz des Gerichtes zu gewähren, ist es aus den in der angeführten einstweiligen Verfügung bezeichneten Gründen geboten, sie wie geschehen zu ergänzen. (§§ 940, 937, 944, 91,3 ZPO.)

Pg. Esser legte unter stürmischem Beifall der Zuhörer entschieden Verwahrung dagegen ein, daß ein bayerisches Gericht durch solche Maßnahmen bewirken möchte, über eine Wucherangelegenheit eine öffentliche Aussprache zu verhindern. Er brandmarkte besonders die Urteilsbegründung, daß nach Ansicht des Gerichtes die „Ehre" des Juden Rosenberg verletzt werden könnte, welche dieser Jude im übrigen auf ganze 20 000 Papiermark zu veranschlagen scheint. Hierdurch wird der Staat zu einer Schutzeinrichtung für Gauner, und statt sie hinter Schloß und Riegel zu setzen, droht man demjenigen mit Verhaftung, der die Verpflichtung in sich fühlt, solche Gaunereien zu brandmarken.

Pg. Esser war durch dieses rassengerichtliche Urteil verpflichtet, über den jüngsten jüdischen Wucherfall sich nicht zu verbreiten, und beschränkte sich deshalb darauf, aus der Vergangenheit ein erdrückendes Beweismaterial an der Hand von Gerichtsurteilen über jüdische Volksausbeutung und Volksbewucherung vor den Zuhörern auszubreiten. Durch eine amtliche Statistik über die prozentuale Verseuchung des deutschen Volkes mit der jüdischen Pest bewies Pg. Esser, wie das Deutsche Reich immer mehr in jüdische Hände gespielt wird, und wie der Parlamentarismus als Werkzeug der jüdischen Machtpläne unfähig ist, das Volk vor dieser Verjudung und Ausplünderung zu beschützen. Das wird klar an einem Beispiel aus unserer engeren Heimat Bayern. Die Bayerische Volkspartei hat zahlenmäßig die Macht im Parlament. Was hat sie gegen Wucher- und Schiebertum getan? Nichts!! In Thüringen haben die Marxisten die Übermacht. Was haben sie gegen Wucher- und Schiebertum getan? Nichts!! Die Wucherbekämpfung ist deshalb ein Hohn auf das ausgeplünderte Volk, und man darf sich darüber nicht wundern, denn die neudeutsche Republik begann ihre Wucherbekämpfung am 3. Dezember 1918 mit einer Amnestie für Kriegswucherer. Angehörige hoher amtlicher Stellen beteiligen sich selbst an Schiebungen, und wenn man bedenkt, daß der Reichswirtschaftsminister behauptet, wir hätten normale wirtschaftliche Verhältnisse, so darf man sich nicht wundern, wenn unser Beamtentum bei seinem besten Willen, gegen das Wucher- und Schiebertum vorzugehen, lahmgelegt wird. Die börslichen Gewinne z. B. sind nach dem Reichswirtschaftsminister nicht übermäßig, und eine Wucherbekämpfung deshalb unnötig. Wo einmal ein Gericht bei einem schamlosen Wucherfall zugreifen muß, holt man sich Sachverständigenurteile von Leuten, die selbst wegen Wucher und Schieberei auf die Anklagebank gehörten.

Bei dieser Lage der Dinge ist es selbstverständlich, daß die Regierung unfähig oder unwillig ist, das Volk vor Ausplünderung zu schützen. Sie darf sich daher nicht wundern, wenn dieses Volk, ohne Schutz der jüdischen Ausplünderung ausgeliefert, zu dem einzigen Mittel greift, das ihm übrigbleibt: zur Selbsthilfe.

Da das Landgericht dem Pg. Esser nun verboten hatte, über den Schuhwucher zu sprechen, befaßte sich Pg. Esser im zweiten Teil seiner Rede sehr ausgiebig mit der Person des Schuhwucherers, mit dem Juden Simon Rosenberg. Der Werdegang dieses Prachtexemplars eines jüdischen Geschäftsmannes ist kurz folgender: In den 90er Jahren erhielt er in Hamburg wegen Betrugs 3 Wochen Gefängnis, 1897 verurteilte ihn das Landgericht Hamburg wegen Bankrott zu 10 Tagen Gefängnis, worauf er seine segensreiche Tätigkeit nach München verlegte, wo er im Jahre 1900 einen Schuhladen aufmachte. Von dem Augenblick an lief bei der Polizei Klage auf Klage ein wegen schlechten Geschäftsgebarens, ohne daß man den Burschen fassen konnte. Er trieb sein Unwesen bis 1916. Als Galizier war er selbstverständlich vom Frontdienst befreit und konnte seine gesamten Fähigkeiten auf dem Gebiete der Preistreiberei entfalten. Am 23. September 1916 wurde ihm endlich sein Geschäft geschlossen, und im Februar 1917 wissen die „M. N. N." die folgende Bekanntmachung zu berichten:

„Kriegswucher. Amtlich wird mitgeteilt: Der Kaufmann Simon Rosenberg betreibt unter der Firma „Schuhhaus Neptun" seit Jahren in München und anderen Städten des Deutschen Reiches den Schuhwarenhandel in etwa 60 Ladengeschäften. Bei Beginn des Krieges hatte er einen Einheitspreis von 7 M. 50 Pf. für das Paar. Diesen Preis hat Rosenberg von Ende 1914 bis September 1916 nach und nach in willkürlicher, reellen kaufmännischen Grundsätzen hohnsprechender Weise bis auf 16 M. 50 Pf. hinaufgetrieben und auf diese Weise insbesondere seine älteren, zu niedrigen Preisen erworbenen Bestände mit übermäßigem Gewinn veräußert. Die Höhe des unrechtmäßigen Gewinns läßt sich nicht genau feststellen, weil seine Buchführung so schlecht und lückenhaft ist, daß sie einen einigermaßen genügenden Überblick über seine Geschäftsgebarung nicht gewährt. Rosenberg hat auch gegen die inzwischen für den Schuhwarenhandel erlassenen gesetzlichen Bestimmungen mehrfach verstoßen. Ferner hat er Kunden dadurch anzulocken gesucht, daß er in den Schaufenstern Schuhwaren besserer Qualität ausstellen ließ, die dann im Geschäfte selbst nicht zu haben waren.

Die Preisprüfungsstelle beim Stadtmagistrat München und das bayerische Kriegswucheramt bezeichnen Rosenberg übereinstimmend als einen unreellen und unzuverlässigen Kaufmann und beantragten deshalb seine Ausschließung vom Schuhwarenhandel. Das stellv. Generalkommando I. b. A.K. hat deshalb dem Rosenberg den Handel mit Schuhwaren untersagt und die Schließung seiner Geschäfte angeordnet."

Am 7. April 1917 wurde der Beschluß gefaßt, den Juden auszuweisen, und zwar geschah das unter dem „Reaktionär" und späteren Minister Alfred Roth. Der Jude Rosenberg beantwortete die Schließung seines Ladens und seine Ausweisung damit, daß er sein Geschäft in eine G. m. b. H. verwandelte, in der sein Schwager Haymann Geschäftsführer und seine Frau Gesellschafterin war. Die G. m. b. H. machte natürlich sofort ihren Laden wieder auf. Der im reaktionären Zeitalter erlassene Ausweisungsbefehl wurde am 28. November 1918, im Zeitalter der ruhmreichen bayerischen Revolution, sofort rückgängig gemacht. Ministerpräsident war damals der Rassengenosse des Simon Rosenberg, Kurt Eisner, und Minister des Innern der Arbeiterführer Erhard Auer. Vielleicht weiß die „Münchener Post", wieso, warum, weshalb und aus welchem Grunde der ausgewiesene Jude wieder nach Bayern hereindurfte.

Seit der Revolution steht der Stern Davids andauernd über dem Hause des Simon Rosenberg. Am 1. Juni 1921 verwandelte es sich in eine Aktiengesellschaft mit einem Kapital von 5 Millionen Mark (die Banken: Dreyfuß [Frankfurt], Bayerische Vereinsbank und Bank für Handel und Industrie). Zu dieser Aktiengesellschaft gehören auch die Vereinigten Schuhfabriken Augsburg-Nürnberg. Aufsichtsräte sind: der Kommerzienrat Pflaum, die Bankdirektoren Dreyfuß und Reinmund und der Rechtsanwalt Benno Schülein. Als Aushängeschild für seine 6000 Arbeiter präsentieren sich die Namen des Hofrats Pittner (Augsburg) und eines Herrn Albert Berneis. Der bescheidene Simon Rosenberg hat lediglich das Amt eines Generaldirektors. In Wirklichkeit besitzt er aber 130 Filialen und lebt in seiner fürstlich eingerichteten Villa, Bavariaring 43, und läßt es sich zwischen schönen Wandtäfelungen, Seidenbrokattapeten und prachtvoll geschnitzten Möbeln wohlergehen.

Alles dies gilt heute als selbstverständlich, und wer die verantwortlichen Leiter unseres Schicksals deshalb schärfer kritisiert, kommt wegen Beleidigung des Präsidenten, Kanzlers, republikanischer Institutionen usw. vor den Leipziger Staatsgerichtshof.

Aus diesem Wohlleben wurde der tüchtige Simon Rosenberg anfangs Oktober aufgeweckt, indem der „Völk. Beobachter" eine Anfrage an das Wucheramt richtete um Aufklärung, was sich in den zahllosen Kisten des Schuhhauses Neptun befinde. Das Wucheramt kontrollierte diese Kisten und sah sich auch die anderen Lager des Juden etwas genauer an mit dem Erfolg, daß es umfangreiche Beschlagnahmungen vornahm. Rosenberg schickte natürlich sofort Berichtigungen in alle Welt, bezeichnete unsere Veröffentlichungen als Denunziationen und versuchte ein Totschweigen seines Geschäftsgebarens, was ihm auch mit teilweisem Erfolge in der Presse gelang. Mittlerweile befaßte sich auch eine Kommission der Schuhhändler mit einer Untersuchung der Lagerbestände der Firma Neptun, die zu dem Urteil kam, daß kein Wuchervergehen vorliege, sondern daß die Schuhe nur zu dem Zwecke zurückgehalten worden seien, um sie bei einer neu zu eröffnenden Filiale zu billigen Preisen verschleudern zu können. Der galizische Jude ist also kein Wucherer und Schieber, sondern ein guter Volksfreund und Helfer der Armen.

Auch einen zweiten Versuch unternahm der Jude, seinen Kopf aus der Schlinge zu ziehen, indem er die Schuhe den Gewerkschaften anbot, um sich bei der Arbeiterschaft Liebkind zu machen. Eine Arbeiterschaft, die von einem Juden so billige Schuhe haben kann, läßt sich vermutlich leichter gegen reaktionäre Behörden und wucherbekämpfende Hakenkreuzler mobil machen. Mehr lächerlich wirken die Drohungen der Schuhfabriken, München nicht mehr mit Schuhen zu beliefern, wenn man hier willkürlich Beschlagnahmungen vornimmt. Das wäre, nebenbei bemerkt, sogar sehr erwünscht, denn dann würde unser ehrliches Handwerk wieder aufleben, und der Jude könnte durch seine Mode, einmal spitz, dann rund und schließlich eckig, nicht mehr mit der Bevölkerung Schindluder treiben.

Inzwischen wurden uns weitere Einzelheiten aus dem Geschäftsgebaren des Simon Rosenberg bekannt, die wir selbstverständlich unseren Lesern nicht vorenthalten werden.

Die Firma „Romeo & Neptun" fühlt sich durch unsere Veröffentlichungen selbstverständlich peinlich berührt und versuchte, eine Gerichtsverfügung zu erlangen, uns weitere Ausführungen in der Angelegenheit zu untersagen! Dies wurde abgelehnt, zeigt aber, daß den Schuhwarenhändler der Schuh doch zu drücken beginnt.

Auch ein Verbot unserer Wucherversammlung am Freitag überhaupt versuchte der Jude zu erreichen, und als ihm das vorbeigelang, mußte er sich lediglich mit dem eingangs abgedruckten Maulkorb-Antrag zufrieden geben.

Man sieht also, der Jude hat nichts unversucht gelassen, um eine Aussprache in breiter Öffentlichkeit über sein Geschäftsgebaren zu verhindern. **Wir haben uns nicht abhalten lassen, das Volk rücksichtslos auf-**

zuklären, was wir für unsere Pflicht halten, erwarten aber auch vom schaffenden Volk, daß es in dieser Angelegenheit geschlossen hinter uns steht. Wenn die Regierung sich unfähig zeige, hier irgend etwas zu tun, so sei es die Aufgabe des Volkes, sein Schicksal selbst in die Hand zu nehmen. Was eine Schar beherzter Männer in Italien gekonnt hat, das können wir in Bayern auch. Den Mussolini Italiens haben auch wir. Er heißt Adolf Hitler. Der parlamentarische Schwindel muß verschwinden, weil er einer allgemeinen Volksbewucherung Tür und Tor öffnet. An seine Stelle muß eine nationale Diktatur treten, in der wir alle viel freier leben werden als in dem sogenannten freien Volksstaat, in dem wir nur Sklaven sind.

•

In diesem Falle darf sich die Münchener Bevölkerung von einem vorbestraften Juden nicht narren lassen, und die Herren oben sollten nicht mit dem Feuer spielen. Wir werden noch mehrfach auf den Skandal zu sprechen kommen, da die Untersuchung beim Wucheramt keine Fortschritte zu machen scheint. Sind irgendwelche Einflüsse von außen am Werke? Wer leitet die Untersuchung? Wir fordern Antwort im Namen der notleidenden Bevölkerung Münchens!

Den Worten Essers folgte ein langanhaltender Beifallssturm, der, wie überhaupt die Zwischenrufe während der Rede aus den Reihen der Zuhörer, einem die Erkenntnis aufdrängen mußte, daß Zündstoff in Masse aufgespeichert ist, und daß die Regierung gut daran tun dürfte, die Geduld des Volkes nicht unverantwortlich lang auf die Probe zu stellen. Ihren Willen, dem schaffenden Volke zu helfen, kann sie am besten zeigen, indem sie für die nachstehenden Forderungen, die als Abschluß der Hofbräuhausversammlung erhoben wurden, nachdrücklichst eintritt.

Forderungen,

erhoben in der nationalsozialistischen Massenversammlung im „Hofbräuhausfestsaal" am 3. November 1922.

I. Zum Falle Romeo & Neptun.

1. Wir fordern die Regierung auf, Herrn Simon Rosenberg, Generaldirektor der Romeo-Neptun-Schuhwaren-A.-G., hier, wohnhaft Bavariaring 43, wegen begründeten Verdachtes der Preistreiberei sofort in Haft zu nehmen, sein ganzes Vermögen als Kaution sofort einzuziehen und den Prozeß mit der größten Beschleunigung fortzuführen. Sollte die Voruntersuchung, woran nicht im mindesten zu zweifeln ist, den Nachweis für die Schuld des Angeschuldigten ergeben, so verlangen wir, daß nicht nur eine exemplarische Bestrafung eintritt, sondern daß auch sofort geprüft wird, durch welche Personen es möglich wurde, daß dieser bereits wegen Betrugs vorbestrafte und wegen Preistreiberei und Wucher bereits schon im Jahre 1917 aus Bayern ausgewiesene Jude wieder unser Land und Volk unsicher machen konnte.

2. Wir warnen die Regierung, die Angelegenheit auf die leichte Schulter zu nehmen, da sonst das schaffende Volk, von seinen Behörden im Stich gelassen, unrettbar zur Selbsthilfe greifen wird.

3. Für alle sich aus einer solchen Unterlassung der Regierung ergebenden Folgen trägt diese die volle Verantwortung. wortung.

II. Allgemeine Forderungen zur Behebung der wirtschaftlichen Not.

1. Wir fordern sofortige Änderung der Preistreibereiverordnung, Einbeziehung des Leistungswuchers als strafbare Handlung.

2. Wir fordern energisches Vorgehen gegen die Preistreibereien der Syndikate, Genossenschaften und Ringe; weiterhin strengste Bestrafung des Forderns von Bezahlung in fremder Währung im Inland.

3. Wir fordern rücksichtslosestes Einschreiten gegen die wucherische Preisbildung der Börse und insbesondere gegen den Wucher des Leihkapitals. Als Strafen fordern wir die Todesstrafe, und zwar gegen Wucherer ohne Unterschied der Konfession oder Rasse. In leichteren Fällen Zuchthaus in Verbindung mit der Prügelstrafe.

4. Ausdehnung der Preisaushangvorschriften auf alle Gegenstände des täglichen Bedarfs im Schaufenster und am Stück. Änderung der ortspolizeilichen Vorschriften nach dieser Richtung.

5. Sofortige Erweiterung der Befugnisse der Wucherabwehrstellen: Einsetzung eines Wucherdiktators; Ausbau der örtlichen Preisprüfungsstelle. Juden sind aus derartigen Stellen sofort zu entfernen. Abschaffung der sogenannten Sachverständigen-Kommissionen, die aus Berufsgenossen der Angeklagten bestehen.

6. Wir fordern öffentliche Bekanntmachung der Regierung, daß heute eine Notmarktlage für alle Gegenstände des täglichen Bedarfs, soweit sie im Inland hergestellt werden, besteht. Die Versammlung erhebt schärfsten Protest gegen die Auffassung des Reichswirtschaftsministers, der für die meisten Artikel des öffentlichen Lebens heute die Normalmarktlage für gegeben erachtet und demgemäß in der Preisbildung der Börse keinen Wucher und keine Preistreiberei erblicken kann.

7. Wir fordern nach wie vor, daß die Regierungen des Reiches und der Länder sich endlich auf den Standpunkt stellen: In allererster Linie Sicherung des Lebens unseres Volkes und dann erst Reparationszahlungen.

Am Samstag wurden unsere Forderungen dem bayerischen Minister des Innern, Dr. Schweyer, übergeben, der erklärte, erfreut zu sein, daß ihm so konkrete Vorschläge überbracht würden. Er hätte auch selbst an ähnliche Maßnahmen gedacht, doch könne er ohne die Reichsregierung nichts tun.

Nun, wir glauben, Dr. Schweyer hätte alle Ursache, über die Stimmung der Bayern dringend nach Berlin zu berichten. Einmal hat Dr. Wirth schon die Vermögenseinziehung überführter Wucherer ablehnen lassen. Wird sich seine Regierung nochmals schützend vor Volksausbeuter stellen?

Zeichen der Zeit

Der Kultusminister Haenisch wollte unbedingt den jüdischen Deserteur Prof. Nicolai den Berliner Studenten aufhalsen. Diese und das Rektorat lehnten diese Provokation einmütig ab. Nun hat, wie die „M. A. A." berichtet, Dr. Wirth den jüdischen Deserteur Salamon Grumbach empfangen. Ein Mann, der an den Galgen gehört, genießt beim Reichskanzler Audienz. Wenn wir dem Kanzler deshalb Ehrlosigkeit vorwerfen würden, kämen wir wegen Beleidigung des Dr. Wirth vor den Staatsgerichtshof. Wir wollen hier nur feststellen, daß wir einen Empfang Grumbachs als eine Beleidigung des ganzen deutschen Volkes empfinden. Zum Schutz dieses Volkes gibt es noch keine Gesetze ...

•

Nachdem die Bayerische Volkspartei überall Körbe von den Leuten empfangen hatte, die nicht gewillt waren die Rolle des Ministerpräsidenten und Prügelknaben zu spielen, ist endlich ein Kandidat gefunden worden. Unter welchen Bedingungen ist noch unbekannt. Er soll ein „ausgesprochener (!) Realpolitiker" sein mit „feinem Gefühl" für die „Bedürfnisse der Zeit" und von „anerkannter taktischer Gewandtheit". Also alles Dinge, die bei unseren Parlamentariern hoch im Kurse stehen. Folglich kein Staatsmann, wie ihn Deutschland braucht.

•

Die bolschewistische „Neue Ztg." klagt, die „hakenkreuzlerischen Mordorganisationen" fühlten sich an „keine Disziplin der parlamentarischen Parteien gebunden". Ein schönes Geständnis und ein Zeichen dafür, wie dieser Parlamentarismus dem Chaos den Weg bereitet. Die „N. Z." weiß aber auch, daß bei einem Siege des „Bandenführers Hitlers" eine „Hatz auf die Funktionäre und Führer der proletarischen Parteien" beginnen würde. Auch richtig: nicht die Verführten, aber ihre Betrüger würden dann zur Verantwortung gezogen werden.

•

Aber noch brauchen die Kommunisten keine Angst zu haben, die „nationale Führerschaft" ist noch genau so „vornehm" und „zurückhaltend" wie früher. So heißt es z. B. im „Gewissen" des Hrn. Dr. Ed. Stadtler (Nr. 34), nachdem über Streitigkeiten im nationalen Lager die Rede gewesen ist: „Ähnlich geht es mit anderen Führern der nationalen Bewegung. Führer der bayerischen Ordnungsbewegung tadeln den Forstmeister aus Isen und stützen sich dabei auf die Straßenagitation des nationalsozialistischen Massendemagogen." Der Name desselben wird nicht genannt, ohne Frage ist hier Adolf Hitler gemeint. Sollte der „große" Dr. Stadtler — neidisch geworden sein? Wir würden ihm raten, seine Zunge gefälligst im Zaume zu halten und „Führerbesinnung", die er predigt, zuerst an sich selber auszuprobieren.

Es ist direkt zum Lachen, daß dieser Herr nach München kommt und „nationale Energien" verherrlicht, den Führer dieser nationalen Energie aber in seiner Zeitung beschimpfen läßt. Bleiben sie an ihrem Schreibtisch Herr Dr., schreiben Sie weiter gelehrte Aufsätze, halten Sie 10-Männlein-Vorträge über das, was Staat ist, was man Politik nennt, aber lassen Sie Ihre Finger von Männern, die Zehntausende zusammenschweißen zu einer deutschen Tat.

•

Die Berliner Konferenz ist — wie alle anderen — gescheitert, d. h. Deutschland front weiter. Dr. Wirth wollte Geld pumpen, aber fürs erste hält man den Geldsack noch hoch. Man hat keine Eile. Erst möchte man den 10- und 12-Stundentag eingeführt sehen. Die „Arbeiterzeitungen" blasen schon das Posthorn für München und Umgebung, im marxistischen „Firn" wird auch schon vorgearbeitet, um die Sklaverei ganz zu vollenden.

Wir fordern selbstverständlich die Beibehaltung des Achtstundentages. Seine Aufgabe wäre die restlose Auslieferung der deutschen Arbeitskraft an das internationale jüdische Kapital. Mehrarbeit darf nur dann in Betracht kommen, wenn alle Erzeugnisse auch dem Erzeuger zugute kämen. Solange Erfüllungspolitik getrieben wird, werfen die „Arbeiterführer" alles in die Taschen des Großkapitals, um ihre Pöstchen zu behalten.

•

Die Reichsregierung, welche für die Entente Milliarden über Milliarden aus dem deutschen Volk herausarbeitet, und mit Hinausschleuderung von neuen Milliarden Devisen kauft, scheint über die deutschen Volksgenossen anders zu denken.

Uns fliegt folgende Mitteilung auf den Tisch:

Berlin SW 68, den 3. Okt. 1922,
Schützenstraße 3.

„Herrn W. B.....!

Für das von der engl. Regierung für Sie mitgeteilte Guthaben vergüten wir Ihnen wie folgt:

Lstrl. 8. 6. 7. Kurs 100 M.	832,90
abzüglich gezahlter Vorschuß	100,—
Ihr Guthaben	732,90

übersenden wir Ihnen durch Postscheck unter Abzug der Überweisungsgebühren von M.—,75.

Hauptkasse für das Kriegsgefangenenwesen
J. A.: Wrede."

Die Reichsregierung hat also von der englischen Regierung den Arbeitslohn des deutschen Kriegsgefangenen W. B.... in engl. Pfund ausgezahlt erhalten. Der Kurs des engl. Pfd. stand zu Anfang Oktober auf 7200 M. Die deutsche Reichsregierung aber zahlt dem deutschen Kriegsgefangenen für 8 Pfund ganze 832 Mark und 90 Pfennige und zieht noch die Überweisungsgebühr ab! Geht der Rest auf des Reparationskonto? Oder ...?

Inlandgeld

(Die Brot-Taler-Währung.)

In Berlin zerbricht man sich jetzt den Kopf, wie dem zum Krüppel geschlagenen deutschen Volke wieder auf die Beine geholfen werden kann. Die dortigen Sklavenhalter scheinen es doch mit der Angst zu kriegen, der friedfertige und so geduldige Zahler möchte an Blutleere eingehen, ehe man ihn weiter schröpfen kann. So ist es wohl möglich, daß die Daumenschrauben etwas zurückgedreht werden, bis der zu Folternde sich etwas erholt hat. Das nennt man dann Atempausen. Ehe der Schandfrieden von Versailles, ein Verbrechen an unserm Volk, nicht aufgehoben wird, ist an eine wirkliche Besserung der verzweifelten Wirtschaftslage Deutschlands und damit Europas nicht zu denken. Schon die bisherigen Opfer an Land, Gut und Blut, die Deutschland getragen hat, sind so schwer, daß es Jahrzehnte brauchen wird, sich einigermaßen zu erholen. Die passive Handels- und Zahlungsbilanz Deutschlands, die Zerrüttung seiner Finanzen, das Übermaß seiner Steuerbelastung sind die notwendige Folge dieser weltwirtschaftlichen, haßgeborenen Unvernunft. Es ist fast ein Wunder, daß die deutsche Mark erst 4 Jahre nach dem Abschluß des Scheinfriedens ihren jetzigen Tiefstand erreicht hat. Keine wie immer geartete Valutaänderung kann an diesen Tatsachen etwas ändern, solange der Grund des Unheils nicht beseitigt ist. Aber der heutige Wirtschaftszustand, daß man dem Stand des Dollars in Neuyork den Stand aller Preise im Deutschen Reiche abhängt, ist doch so unerhört, daß man sich fragen muß: Ist es nicht möglich, daß unser Geld im Inland wieder etwas unabhängiger wird von den Launen der Neuyorker Weltbörse?

Wohl wäre dies bei genügender Organisationskraft möglich. So ganz willenlos brauchten wir uns nicht erdrosseln lassen. Wir brauchen nur wieder Mut zu haben zu eigenen Gedanken. Dann kann die Not, die bekanntlich erfinderisch macht, mit Notwendigkeit eine Wende der Not hervorbringen.

Aus solcher Not geboren ist der Gedanke, als inneres Zahlungsmittel einen Brot-Lohn-Taler einzuführen, der durch Vereinbarung der Werte schaffenden Stände eine solche Kaufkraft erhält, daß diese Einheit ausreicht, jederzeit so viel Brot oder andere gleichwertige Sachgüter zu erwerben, wie in Friedenszeiten für einen Taler in Deutschland zu kaufen war, nämlich einen Viertelzentner Roggenbrot. Dieser Vorschlag ist an anderer Stelle eingehend begründet worden. Durchführbar ist er zweifellos, sobald genügend zähe Energie, mit Einsicht gepaart, dahintersteckt, und genügend weite Kreise erkannt haben, daß so die Gewinnung eines festen Wertmessers und die Befreiung des inneren Marktes von den Schwankungen der fremden Valuta möglich ist.

Der zur Verfügung stehende Raum verbietet es, den Plan ausführlich zu begründen. Es mag genügen, hier folgendes anzuführen:

Eine Indexziffer, d. h. die Errechnung der Kosten der Lebenshaltung einer Normalfamilie, wie sie von anderer Seite vorgeschlagen wird, wirkt viel zu schematisch. Jeden Volksgenossen nach der Indexziffer zu entlohnen, ist finanziell unmöglich. Dafür sind wir zu arm geworden. Genießt nur ein Teil des Volkes diese Wohltat, so darben die andern um so mehr, da die Gütermenge für alle nicht ausreicht. Daher scheint mir dieser Vorschlag, einen Indexlohntaler einzuführen, nicht durchführbar zu sein. Ihm fehlt die Beziehung zu bestimmten Sachgütern.

Dagegen geht der hier gemachte Vorschlag dahin, ein Innengeld einzuführen, dessen Werteinheit der Taler dem natürlichen Normallohn entspricht und gleichzeitig eine solche Kaufkraft erhält, wie vor dem Kriege der Goldmarktaler in Beziehung zum Roggenpreis hatte. Man bekam für einen Goldtaler einen Viertelzentner Brot.

Dieser Vorschlag fußt auf der Tatsache, daß der Normallohn stets in einem bestimmten Verhältnis zum Preise des Brotes als des wichtigsten Nahrungsmittels steht, daß alle übrigen Nahrungsmittel im bestimmten Verhältnis zum Roggenpreis stehen, und daß die Preise aller anderen Waren notwendig von dem Normallohn abhängen. Die Wirtschaftsgesetze lassen sich, wie alle Naturgesetze, nicht ungestraft vergewaltigen. Haben wir diese inneren Zusammenhänge erst einmal klar erkannt, so führt dies mit innerer Notwendigkeit dazu, das zum Wertmesser untauglich gewordene Papiergeld durch einen anderen wertbeständigen Maßstab zu ersetzen. Dies kann nach dem oben Gesagten nur der einen Viertelzentner Roggen wertgeltende Brot-Lohn-Taler sein.

Zur Einführung des Brottalers als Innengeld müßte fünferlei geschehen:

1. Die werteschaffenden Stände müssen sich zusammenschließen und den Brottaler zum einheitlichen Maßstab der Wertberechnung der Löhne und der Waren machen nach dem Grundsatz: gleiche Leistung, gleicher Lohn.

2. Sie müssen eine Talerbank gründen, die gegen mäßige Vergütung die zur Lohnzahlung den angeschlossenen Betrieben Talerscheine vorstreckt. Wie Banknoten früher durch Gold und Goldwechsel, so wird das neue Zahlungsmittel durch die Warenbestände der angeschlossenen Betriebe real gesichert. Es enthält kein Zahlungs-, sondern ein Lieferungsversprechen.

3. Die Talerbank darf nicht mehr Scheine ausgeben als der Jahreserzeugung entspricht und hat ihre Umlaufzeit auf 1½ Jahre zu begrenzen, um spekulativen Mißbrauch auszuschließen.

4. Die angeschlossenen Betriebe verpflichten sich, nur gegen Talerscheine zu verkaufen.

5. Die Talerbank gibt — abgesehen von den Lohnvorschüssen — die Talerscheine aus und löst sie zum Schluß wieder ein gegen Landeswährung.

Zur Durchführung dieses Planes genügt eine Vereinbarung der Landwirtschaft, des Handwerks, der Gewerkschaften, der Industrie über die Wertverhältnisse der einzelnen Erzeugnisse und über die Garantie einer zu gründenden Talerbank, die den angeschlossenen Betrieben den Lohn vorstreckt, um für den inneren Markt ein wertbeständiges Zahlungsmittel zu schaffen, das von der ausländischen Valuta unabhängig bleiben kann und, richtig gehandhabt, der Gefahr der Inflation nicht ausgesetzt wäre. Es würde sich bald großer Beliebtheit erfreuen, den Bedarf an staatlichen Zahlungsmitteln erheblich verringern, dadurch den Wert der Reichsmark festigen und dazu noch der Industrie einen billigen Kredit verschaffen. Es ist wohl kein Zweifel, daß dadurch die Gütererzeugung einen mächtigen Ansporn bekäme, während der Verbraucher es nicht nötig hätte, sich vor dem Marksturz in Sachwerte oder Devisen zu flüchten, denn für seinen Lohntaler kann er nach Wochen und Monaten genau soviel kaufen als im Augenblick seiner Vereinnahmung.

Wer mit mir den Vorschlag für durchführbar hält und heilsam für unser Vaterland, werbe für seine Durchsetzung! Einwände sollen gewissenhaft geprüft werden. W. v. B.

(Wir geben vorstehenden Aufsatz gerne Raum, zeigt doch auch er, daß ähnliche Ideen geradezu in der Luft liegen. Freilich sind wir der grundsätzlichen Anschauung, daß auch die schönsten Vorschläge umsonst sind, ehe nicht eine radikale politische Änderung in Deutschland eingetreten und das uns beherrschende Ausbeuterpack zum Teufel gejagt worden ist. Es ist aber trotzdem von größtem Wert, das Für und Wider der Vorschläge zu prüfen. Wir werden nächstens eine scharfe Kritik darüber bringen. Die Schriftl.)

Fürsorge des „Fraistaats"

Wir erhalten aus gutunterrichteter Quelle folgende Mitteilungen:

Auf Grund einer im Einverständnis mit dem Reichsfinanzminister gegen Ende August d. J. erlassenen Verfügung des Reichspostministers, sind bei den Post- und Telegraphenämtern des Reichs „Zweckverbände" zur rechtzeitigen Versorgung des Personals mit Winterkartoffeln eingerichtet worden. Diesen Verbänden werden zur Beschaffung von Kartoffeln zinsfreie Vorschüsse aus Reichsmitteln gewährt. Die einzelnen Beamten können die Kosten für die von ihnen bestellten Mengen in Raten abzahlen; doch müssen die Vorschüsse bis spätestens 1. April 1923 an die Reichskasse zurückerstattet sein.

Gegen eine solche, im Interesse der Beamten getroffene Einrichtung wird niemand etwas einzuwenden haben.

Nun ist aber neuerdings eine weitere Verfügung ergangen, worin mitgeteilt wird, der Herr Finanzminister und der Herr Landwirtschaftsminister hätten darauf hingewiesen, daß nach einer früher erlassenen Verordnung „das unmitelbare Aufkaufen von Kartoffeln durch ‚nicht konzessionierte Händler oder Aufkäufer' verboten und unter Strafe gestellt sei." Die Zweckverbände dürften daher nicht unmittelbar beim Erzeuger aufkaufen lassen, dagegen bei Großhändlern und landwirtschaftlichen Genossenschaften.

Für den Verstand eines gewöhnlichen Sterblichen ist ein „Händler" oder „Aufkäufer" ein Mann, der Waren aufkauft, um sie für sich oder andere mit Gewinn weiterzuveräußern. Mit diesen Leuten kann man doch Beauftragte eines Zweckverbandes, der ohne jeden eigenen Vorteil für einen gewissen Kreis von Personen den Einkauf von bestimmten Gegenständen besorgen läßt — und dazu noch mit staatlicher Unterstützung — unmöglich auf dieselbe Stufe stellen. Die hohe Regierung ist jedoch anderer Meinung und besteht darauf, daß die Beamten die Kartoffeln etwa nicht zu billig erhalten, und der Händler nicht um seinen Profit kommt! — Wir sind der Ansicht, daß diese höchst seltsame Anordnung schleunigst aufgehoben werden muß!

Und dann noch ein Musterbeispiel sozialer Fürsorge!

Am Schlusse der erwähnten Verfügung heißt es, der Herr Finanzminister habe weiterhin mitgeteilt, daß mit Rücksicht auf die Finanzlage des Reichs, eine Ausdehnung der für die Kartoffelversorgung getroffenen Maßnahmen auf die Beamten im Ruhestande und die Witwen nicht in Aussicht genommen sei.

Also die alten Ruheständler, die den größten Teil ihres Lebens dem Reichsdienst gewidmet und die Entbehrungen und Leiden der langen Kriegsjahre, sowie der darauffolgenden schweren Zeit mit durchgemacht haben, und ebenso die Witwen,

deren Ernährer zum erheblichen Teil Opfer des Krieges geworden sind, und hinter denen ebenso traurige Tage liegen, schwimmen im Golde und haben die kleine Hilfe nicht so nötig, wie die ein weit höheres Einkommen beziehenden aktiven Beamten! — Dabei handelt es sich um verhältnismäßig ganz geringfügige Summen, die das Reich durch den Zinsverlust einbüßen würde. Denn einmal ist die Anzahl der Pensionäre usw. gegen die der aktiven Beamten nur klein, und dann würden viele schon aus Unkenntnis und Unbeholfenheit von dem Anerbieten keinen Gebrauch machen.

Jedenfalls werden bei einer so weisen und vorausschauenden Sparsamkeit die schlechten Finanzen des Reichs, unterm Schutz der „Arbeiterführer", sehr bald ins Gleichgewicht gebracht sein?

Wie steht es mit obigen Ungeheuerlichkeiten, Herr Minister?

Aus der Bewegung

Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei

Voranzeige!

der Sektionen Haidhausen und Bogenhausen.

Am 16. Dezember 1922 findet im Sektionslokal „Gasthaus zum Ostbahnhof" Weihnachtsbescherung armer Kinder Parteiangehöriger statt. Spenden und andere Gaben nimmt Pg. Koller, Johannisplatz 12, entgegen.

Mitteilungen anderer Ortsgruppen

Ortsgruppe Bad Tölz. Sprechabend am Samstag, 4. November, abends 8 Uhr, im „Oswaldbräu". Referent: Pg. Pillmeier (München).

Ortsgruppe Rosenheim. Jeden Samstag Sprechabend im „Flötzinger Löchl", 1. Stock.

Ortsgruppe Berchtesgaden. Sprechabende finden ab 1. Oktober jeden 2. und 4. Samstag im Monat im Bräustübl statt.

Ortsgruppe Freising. Sprechabend jeden 1. und 3. Freitag im Monat. — Lokal: Lindenkeller.

Ortsgruppe Landshut. Jeden Donnerstag Sprechabend im Nebenzimmer der Brauerei „Reichardt".

Ortsgruppe Straubing. Nächster Sprechabend 6. November im Senkeller I (Nebenzimmer), Wehrstraße.

Passau. Jeden Montag Sprechabend im Parteilokal „Altdeutsche Bierstube", Schustergasse; jeden Sonnabend zwanglose Zusammenkunft am Stammtisch im Bräustübl der Hackelbergbrauerei bei unserm Parteiwirt Herrn Buchner. Die Zusammenkünfte der S.A. werden jeweilig vom Führer der S.A. bekanntgegeben.

Ortsgruppe Nürnberg. Regelmäßige Versammlungsabende Dienstags, abends 8 Uhr, in der „Douglashöhle", Museumsbrücke. Gäste und Freunde willkommen.

Ortsgruppe Erlangen. Jeden Mittwoch abends, pünktlich 8 Uhr, Sprechabend im „Goldenen Herz". Erscheinen sämtlicher Parteigenossen ist Pflicht. Jeden 1. Mittwoch im Monat Mitgliederversammlung, an den übrigen Sprechabenden sind Gäste mitzubringen!

Ortsgruppe Kitzingen a. M. Für die Angehörigen der deutschvölkischen Verbände Kitzingen jeden Mittwoch, abends 8 Uhr, Mitgliedsversammlung im kleinen Saal des Kolosseums. Jeden Freitag gemütliches Beisammensein im Hakenkreuzstübl des Bürgerbräu, Kitzingen.

Ortsgruppe Zweibrücken. Sprechabend jeden Mittwochabend in der Eremitage.

Ortsgruppe Stuttgart. Die Sprechabende finden jetzt regelmäßig jeden Freitag im „Reichshof", Tübinger Straße 17 B, hinteres Nebenzimmer, statt. Anschriften sind nach dort zu richten.

Ortsgruppe Markneukirchen. Sprechabend jeden 1. und 3. Dienstag im Monat im Unterkunftshaus des Gemeinnützigen Vereins (Schwimmbad), abends 8 Uhr. Gäste willkommen.

Ortsgruppe Plauen. Sprechabend jeden Mittwoch von halb 9 Uhr an im Parteilokal, Fürstenstraße 29. Übungsabende der S.-A. jeden Mittwoch und Freitag von 7—9 Uhr in der Turnhalle der 6. Bürgerschule, Reissigerstraße.

Ortsgruppe Halle a. S. Jeden 2. und 4. Mittwoch im Monat, abends 8 Uhr, Sprechabend im „Nikolaus", Nikolaistraße. Gäste willkommen.

Ortsgruppe Stettin. Sprechabend an jedem 1. Freitag des Monats, abends 8¾ Uhr, im Restaurant „Elisabetsquelle", Elisabethstraße 19.

Ortsgruppe Hamburg. Unsere Zusammenkünfte finden jeden Mittwoch, abends 8 Uhr, bei Bans, Besenbinderhof 9/11 statt. Einladungen werden nicht mehr versandt. Allseitiges Erscheinen und Einführung von Gästen sowie rege Werbetätigkeit ist Pflicht. Vorsitzender: J. Klant, Hamburg, Fröbelstraße 2.

Ortsgruppe Köln. Sonntag, den 12. November, vormittags 10 Uhr, findet in der Restauration „Maaßen", Hahnenstr. 43 (im großen Saale), im Hahnenbräu, eine geschlossene Versammlung der nationalsozialistischen deutschen Arbeiterpartei statt. — Referent: Pg. Herm. Esser, München. Thema: „Freier deutscher Arbeiter oder Fronknecht des Weltkapitals."

Aachen. Es wird beabsichtigt, hier eine Ortsgruppe unserer Partei zu gründen. Wir bitten alle unsere hiesigen Freunde und Anhänger, ihre Anschriften Herrn Paul Frömbgen, Aachen, Krämerstraße 5, einzureichen.

Ortsgruppe Cham i. Oberpf. Vor wenigen Wochen haben mehrjährige Nationalsozialisten nach ausdauernder Kleinarbeit eine Ortsgruppe ins Leben gerufen, die heute schon eine stattliche Anzahl Mitglieder zählt, von denen jeder einzelne Beobachterbezieher ist. Am Sonntag, den 5. November, schritt die Ortsgruppe bereits zur Gründung der 1. Untergruppe in Untertraubenbach. Der Erfolg war ein durchschlagender. Zwecks Errichtung weiterer Untergruppen ist mit einer Reihe von Orten Fühlung genommen worden. Sturmabteilungen sind in Bildung begriffen. — Nächster Sprechabend der O.-Gr. Cham Dienstag, den 21. November. Durch Mitglieder eingeführte Gäste willkommen.

Ein Schmerzensschrei der Slowakei

Von Dr. A. Sch.

Die slowakischen Rastelbinder und Mausefallenerzeuger, die slowakischen Hirten und Käser sind nicht so gutmütig wie die Deutschen. Sie verstehen es, sich zu wehren, und bereiten dadurch den Tschechen arges Kopfzerbrechen. Die Tschechen haben bald nach dem Umsturz einen Sprühregen von tschechischen Beamten, Militärs, Lehrern, Professoren und Spitzeln über das slowakische Land ergossen. Über diese eigenartige Befreiung waren nun die Slowaken nicht sonderlich erbaut. Dazu verschlechterte sich auch die Wirtschaftslage in der Slowakei zusehends. Sind doch in den letzten drei Jahren aus der Slowakei nicht weniger als 70 000 Menschen nach Amerika ausgewandert. Nun griffen die Slowaken zur Selbstwehr. Sie verhängten über die vielen eingewanderten Tschechen den gesellschaftlichen Boykott. Der Tscheche wurde nicht gegrüßt, kein Slowake verkehrte mit einem Tschechen, nahm er in einem Gasthause an einem Tische Platz, wo Slowaken saßen, so standen diese auf; er bekam keine Wohnung, in den Gasthäusern wurde er nicht oder schlecht bedient, die Milchfrauen brachten keine Milch, Dienstpersonal war aus der Slowakei nicht zu bekommen. Das einzige, was die tschechischen Eingewanderten — von denen der Minister für die Slowakei zugeben mußte, daß sie der Abschaum der tschechischen Beamtenschaft waren und das Land zum eigenen Vorteil aussaugten — bekamen, waren feindselige Blicke, oder daß man sogar vor ihnen ausspuckte. Eine Zeitlang ertrugen dies die Tschechen im Vollgefühl ihrer Macht, schließlich wurden sie aber durch diesen gesellschaftlichen Boykott zermürbt und verließen, wie die tschechische Presse klagt, in Scharen fluchtartig die Slowakei. — Das Beispiel der Slowakei lehrt, wie man sich gegen die tschechische Invasion wehren kann, ohne gegen ein Gesetz zu verstoßen. Kein Mensch kann die Deutschen zwingen, mit den tschechischen Eingewanderten gesellschaftlichen Verkehr zu pflegen, mit ihnen an einem Tisch zu sitzen. So haben es die Iren gemacht, so machten es die Slowaken. Nur die Sudetendeutschen haben sich dazu noch nicht aufgerafft, sind womöglich noch glücklich, wenn der tschechische Bezirkshauptmann mit ihnen Billard spielt oder der neue tschechische Arzt mit ihnen einen Tarock macht. Wie gereizt die Stimmung in der Slowakei ist, geht aus einer Denkschrift hervor, die sich betitelt: „Hilferuf eines zum Tode verurteilten Landes, einer im Todeskampfe liegenden Nation, gerichtet an die zivilisierte Welt." In dieser Denkschrift heißt es u. a.: „Sie oktroyierten der slowakischen Nation eine Verfassung, die das slowakische Volk in eine erfundene tschechoslowakische Nation aufgehen ließ. Eine meisterhaft geführte, lügenhafte Propaganda im Ausland, falsche Informierung der ausländischen, Terrorisierung der inländischen Presse, das Ausfuhrverbot der Blätter, Zensur der Briefe und Telegramme verhüllten die Slowakei hinter spanischen Wänden und Lügen. Die Welt aber glaubt, daß aus den Wellen des Weltkrieges im Zentrum Europas die tschechoslowakische Republik als Insel der Freiheit entstanden sei, während in Wahrheit hinter dieser spanischen Wand im Herzen Europas eine Kulturnation erdrosselt wird. ..." Die letzten Sätze enthalten den Hinweis, daß, wenn diese Klagen nicht gehört werden würden, es zu unübersehbaren Konsequenzen für den Frieden Europas führen könne.

Schützer der Republik

Am 27. Juni 1922, dem Tage der ersten Rathenaudemonstration, erzwang in Markneukirchen ein herumziehender Menschenhaufen die Stillegung einiger Betriebe. Bei dem Geigenmacher, Obermeister Aug. Wunderlich weigerten sich indes die Arbeiter, die Arbeit einzustellen und den Unfug mitzumachen, worauf 30—40 Demonstranten in dessen Werkstatt eindrangen. Sie rissen der ihnen entgegentretenden Tochter Wunderlichs die Kleider vom Leibe, zerschlugen und zertraten vier Cellos und einige Geigen, beschädigten die Gasbeleuchtung und fielen über einen Gesellen von W. her, warfen ihn zu Boden, würgten und schlugen ihn, wie auch den Sohn des Herrn W., welcher dem Gesellen Beistand leisten wollte.

Das Sächs. Ministerium der Justiz hat das wegen Körperverletzung, Hausfriedensbruch usw. gegen neun Beschuldigte anhängige Strafverfahren durch Verfügung vom 14. Oktober 1922 ohne Angabe von Gründen niedergeschlagen!

Dagegen hat man zwei jüngere Herren, die in eine harmlose Waffenfundsache verwickelt waren, sofort verhaftet und erst nach acht Wochen gegen Stellung hoher Kautionen freigelassen.

Ein anderer junger Mensch war unvorsichtig genug, in einer sozialdemokr. Versammlung über Judentum und Rathenaumord zu sprechen — auf den Bericht eines sozialdemokr. Blattes hin, ließ ihn die sächs. Regierung gleichfalls verhaften und er sitzt nun bereits über drei Monate!

Das Schutzgesetz wirkt, wie es wirken soll ...

Der Philipp Loewenfeld

Im Mathäserfestsaal war es, wo er über „unsere" Republik von Jehovas Gnaden am Freitag mauschelte, der große Philipp Löwenfeld. Vorsichtig aber, wie er ist, betrat er nicht als erster die Bühne des geistigen Kampfes, sondern hierfür hatte er bescheidenerweise einen Herrn Redaktöhr Markwald aus der Residenz der „Frankf. Ztg." ausersehen. Dieser hatte den paradiesischen Ort am Main, wo man sich so überaus lebhaft für alles interessiert, was sich in Bayern zuträgt, verlassen, um mitten im fürchterlich reaktionären München aufklärend über den Segen der Republik zu wirken, deren fünfjährigen Geburtstag geziemend zu feiern wir in den nächsten Tagen das große Glück haben. Herr Markwald wetterte über die 5000 monarchistischen Offiziere der Reichswehr, über die Zustände in Bayern, über Kardinal Faulhaber, der es am Münchener Katholikentag wagte, etwas abfällig über die Revolution sich zu äußern, er meinte, Lerchenfeld sei Monarchist und Fechenbach ein Ehrenmann, der freizulassen sei, wenn es Ruhe geben solle. Besonders angetan hatte es dem Herrn aus Frankfurt der Antisemitismus (neben ihm saß Herr Löwenfeld). Erst wenn man ihm christliche Kaufleute zeige, bei denen er seine Eier billiger bekäme als beim Juden, wolle er an den Wucher des Gottesvolkes glauben, bis dahin aber ... Philipp der Grauße konnte mit seinem Mann zufrieden sein. Und er ließ eine lange Rede über den Schutz „unserer" Republik vom Stapel. Erst las er aus einem Buche vor, das niemand mehr bekommen kann, weil es vergriffen ist. Dann bekannte er sich als Sozialist und Pazifist und Gegner jeder Gewaltpolitik. Aber es könnte der Fall eintreten, daß ... Heute freilich könne man die bayerische Reaktion noch nicht niederschlagen, man würde sie nur stärken. Aber der Schutz der Republik müsse besser gehandhabt werden. Und da habe die Reichsregierung richtig erkannt, daß die Gewaltpolitiker von links „uns" sehr nahestehen, denn sie wollen dasselbe wie „wir". Es herrscht noch nicht genügend Gleichheit, vor allem müssen die Rassenvorurteile aufhören, Deutschland ist noch eine Republik ohne Republikaner. Und während der Herr Rechtsanwalt alles Unglück und Elend dem alten System in die Schuhe schob, verstieg er sich zu der Behauptung, der jetzige Wucher und die heutige Ausbeutung hätten mit der Republik aber auch gar nichts zu tun, und in der Politik sei die Republik am wenigsten irgendwelchen Zufällen ausgesetzt. (Wir spüren's schon vier Jahre lang.) Und darum, Deutsche, werdet Republikaner, sonst geht's wie in ... Italien. Gott der Gerechte, jetzt haste es uns wohl sein lassen a paar Jahr, du werst doch mi nicht wollen im Stiche lassen dain auserwähltes Volk?!

Planmäßiger Verlauf?

Im „Berliner Tageblatt" vom 24. Oktober 1922 (Abendausgabe) gibt Dr. Ernst Feder uns kurz vor Toresschluß noch einmal einige Andeutungen, was zu demokratischen Freiheits-, Kultur- und Rechtsbegriffen gehört, wenn sie so angewendet werden, wie man einst im — November die „neuen Errungenschaften" zu preisen wußte: Unter der Spitzmarke „ein Volksgericht" lesen wir voll hohen Staunens:

„Das Urteil des Münchener Volksgerichts ... ist rechtskräftig. Es ist so rechtskräftig, wie unseres Wissens (!) ein Urteil in keinem anderen zivilisierten Staat jemals werden kann. Es gibt keine Berufung, es gibt keine Revision. Aber auch die Wiederaufnahme des Verfahrens ist unzulässig. ... Die Entscheidung bleibt unangreifbar. ...

Auch der Freund einer gemäßigten Ausdrucksweise wird feststellen müssen: es ist erstaunlich, daß in einem Lande von der alten Rechtskultur des Deutschen Reiches ein rechtloser Zustand dieser Art geduldet wird, und es ist beschämend, daß sich anscheinend außerhalb der sozialdemokratischen Kreise Bayerns kein ernstlicher Widerstand, auch nicht von seiten der Richter und der Rechtsanwälte gegen diesen unwürdigen Zustand regt."

Herr Dr. Feder sollte doch etwas vorsichtiger sein, wenn er seiner Empörung über die endlich einmal erfolgte Verurteilung von bolschewistischen Landesverrätern in dem „bürgerlichen Weltblatt" unbedingt Luft machen muß. Es gibt nämlich Leute, die die Verordnungen über Wesen und Befugnisse des Staatsgerichtshofes noch recht genau in Erinnerung haben und nun aus den von „echt demokratischem Geist" zeugenden Ausführungen einiges über „unwürdige Zustände" in „zivilisierten Staaten" lernen könnten. Weniger bekannt dürfte es sein, daß die in letzter Zeit so häufigen Verfassungs„änderungen" (zur Einrichtung des Staatsgerichtshofes, zur Annahme des Gesetzes zum Schutz der Republik, und zur „Verlängerung" des Reichspräsidenten war, weil sie eine Verfassungsänderung bedeuteten eine Zweidrittelmehrheit im Reichstag erforderlich) einem ganz bestimmten Programm entsprechen, was die folgenden Auszüge zeigen sollen:

„Die Rednerbühne hat ebenso wie die Presse, die Herrscher zur Taten- und Machtlosigkeit verurteilt und sie dadurch unnütz und überflüssig gemacht. Deswegen wurden sie schon in vielen Ländern gestürzt. Seitdem begann das Zeitalter der Volksherrschaft, in welchem wir die angestammten Könige durch Strohpuppen ersetzten, die wir aus der Masse des Volkes unter den uns sklavisch ergebenen Günstlingen als ‚Präsidenten' aussuchten."

„Wir fügten in die Verfassungen solche Rechte ein, die für die Massen eine eingebildete Bedeutung haben, aber keine wirklichen Rechte sind. Alle sogenannten ‚Volksrechte' bestehen nur in der Einbildung, sie können niemals in die Wirklichkeit übertragen werden."

„Der Präsident wird die bestehenden Gesetze, die eine verschiedenartige Deutung zulassen, stets in unserem Sinne auslegen: er wird sie außer Kraft setzen, wenn wir ihn auf die Notwendigkeit solcher Maßnahme verweisen. Außerdem wird er das Recht haben, neue Gesetze von kurzer Dauer ja selbst Änderungen der Verfassung vorzuschlagen. Zur Begründung braucht er ja nur zu sagen, diese Maßnahmen seien für das Wohl des Staates erforderlich. Auf diese Weise können wir allmählich, Schritt für Schritt, alles vernichten, was wir ursprünglich zu Beginn unserer Herrschaft, in die Verfassungen der Volksstaaten aufnehmen mußten. Unmerklich werden die letzten Spuren jedes verfassungsmäßigen Rechtes verschwinden, bis schließlich die Zeit gekommen sein wird, in der wir offen jede Regierungsgewalt im Namen unserer Selbstherrschaft an uns reißen."

Wenn man bedenkt, mit welchem Lärm der von der republikanischen und kommunistischen Presse aufgepeitschten Masse die letzten „Maßnahmen" gefordert worden sind, so ist schließlich dem „Vater Ebert" und anderen Verantwortlichen kein Vorwurf zu machen, daß sie sich dazu bestimmen ließen. Auch die „Strohpuppe" ist nicht unsere Erfindung, obwohl wir der Ansicht sind, daß starke Persönlichkeiten sich nicht so leicht zu — im Sinne der Verfassungstreue — so verhängnisvollen Schritten verleiten lassen, wie wir sie jetzt kurz nacheinander erlebt haben. Ebensowenig nehmen wir selbst heute noch an, daß unsere „Staatshäupter" wissen, wer mit ihnen solche Absichten wie die obigen haben könnte. Diese Tatsache aber ist es gerade, auf die durch diese Zeilen aufmerksam gemacht werden soll, und die nicht nur unsere Leser, sondern auch Regierungskreise, die sich nicht für Strohpuppenrollen hergeben wollen, zum mindesten nachdenklich stimmen mögen. Mit der auszugsweisen Wiedergabe des obigen Programms befinden wir uns in guter Gesellschaft. Es wurde nämlich auch im britischen Museum gefunden, in das es 1905 eingeliefert worden ist, und die „Times" sagten darüber in einem Aufsatz vom 8. Mai 1921:

„Was bedeuten diese Protokolle? Sind sie echt? Welche böswillige Gesellschaft hat denn diese Pläne geschmiedet und triumphiert nun über ihre Verwirklichung? Sind sie gefälscht? Woher stammte dann die unheimliche Gabe einer Prophezeiung, die zum Teile bereits in Erfüllung ging, zum Teile der Erfüllung entgegenschreitet? Haben wir diese traurigen Jahre hindurch gekämpft, um die heimliche Organisation der deutschen Weltherrschaft (?) zu sprengen und zu vernichten, damit wir hinter ihr eine viel gefährlichere, weil heimlichere entdecken? Sind wir durch Anspannung jeder Fiber unseres Volkskörpers einer Pax Germanica entronnen, um uns einer Pax judaica zu unterwerfen?"

Man sieht, daß in anderen Landen sich nicht nur „antisemitische Gossenblätter" mit diesen Dingen beschäftigen, während bei uns noch sehr wenige für das Buch „Die Geheimnisse der Weisen von Zion", denn darum handelt es sich hier, einzutreten wagen. Man versteht es ja auch in Deutschland ausgezeichnet, solche Blätter verächtlich zu machen, und wie leicht glaubt — namentlich der gebildete — deutsche Michel, daß der „Antisemitismus" „kulturwidrig" sei, weil er dann ungestört weiterschlafen kann. Nun, dies werden nicht die einzigen Ausführungen sein, die an den Vorgängen der Gegenwart die Echtheit jener Dokumente erhärten werden. Eben ist im Verlag „Auf Vorposten" (Charlottenburg 4) die siebente Auflage des für unsere Zeit wichtigsten Werkes erschienen. Möge sie auch so schnell vergriffen sein wie die früheren, damit der „planmäßig Verlauf" der gegenwärtigen und „kommenden Dinge", von dem wir hier nur ein kleines Beispiel geben konnten, durch das erwachende deutsche Volk noch rechtzeitig vor dem bitteren Ende zum Stehen gebracht werden kann.

Günther Mackrans.

Freistaatherrlichkeit

Wir erhalten folgendes Schreiben: Als nicht völlig notleidender, aber durch die Verhältnisse auf Nebenerwerb angewiesener Student, ließ ich mir vom Arbeitsamt der Universität eine Stelle zuweisen, und zwar eine Vertretung für Koksverkauf. Dieser Posten sieht ja fürs erste sehr einnehmend aus, aber nun die Bedingung. Der betreffende Vertreter muß von Haus zu Haus, mit und ohne Lift von Geschäft zu Geschäft gehen und unter Vorzeigung von Warenproben den Leuten sein Angebot machen. Für jeden verkauften Zentner Koks erhält der Vertreter eine „Provision" (lies Schinderlohn) von 4 M. bei einem Verkaufspreis des Zentner Koks von rund 600 und 550 M., da es zwei Sorten sind.

Für diese Arbeit sind nun einige Studenten gesucht. Als ich den Herrn, der diese Stellen zu vergeben hat und sich Kaufmann nennt, besuchte, fragte ich ihn, ob sich schon von meinen Kommilitonen wer gemeldet hätte. Darauf die Antwort: „Ja, aber es ist keiner mehr gekommen!" Ich glaube die Gründe hierfür sind so greifbar, daß ich sie nicht eigens anführen muß.

Dieser Herr gab mir noch eine andere, wichtige Auskunft, die auf dessen Geschäftsgebaren ein sonderbares Licht wirft. Er meinte, der Koks zu 600 M. enthalte 10 Prozent (wieviel Prozent mögen hier noch unterschlagen sein) Schlacken, „das brauche man aber den Leuten nicht sagen, es genüge auch 5 Prozent!" Die Schlacke enthalte verbrennbare und unverbrennbare Stoffe. Die letzteren sind für die Heizung schädlich, da sie sich an den Schamottesteinen festsetzen und nur so zu entfernen sind, daß die Steine schließlich dabei zerstört werden.

Also auf der einen Seite bin ich auf das Wohlwollen der Leute angewiesen, auf der anderen aber muß ich diese anschwindeln, damit jener besagte Herr seine Ware, deren Herkunft er mir trotz meiner Anfrage, nicht angab, losbringt, sein Gerstchen einsteckt und ich dafür meine „Provision" von 4 Mark pro Zentner erhalte, wofür ich mir gewiß die Absätze durchgelaufen habe.